

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d
Telefax: 21 08 64

Inhalt

Dietrich Stobbe MdB zum
50. Jahrestag des Überfalls
auf Polen: Vorreiter für eine
friedensorientierte Politik
werden.

Seite 1

Prof. Klaus-Dieter Osswald
MdB zur Notwendigkeit einer
effektiveren Hilfe für notlei-
dende Kinder: Den Bonner
UNICEF-Beitrag verdoppeln.

Seite 3

Dieter Schanz MdB zum
Scheitern der Kambodscha-
Konferenz: Wer wehrt Pol
Pot im Ernstfall ab?

Seite 4

Ernst Haar MdB zum Erfor-
dernis von Rahmen- und Ziel-
vorgaben für die Verkehrs-
politik: Staus im Straßen-,
Luft- und Bahnverkehr.

Seite 5

Dokumentation:

Der Vorsitzende der Arbeits-
gemeinschaft verfolgter So-
zialdemokraten (AvS), Heinz
Putzrath, hat dem Minister-
präsidenten von Nordrhein-
Westfalen, Johannes Rau, mit
Blick auf dessen Polen-Reise
am 1. September einen Brief
geschrieben, den wir im
Wortlaut wiedergeben.

Seite 6

44. Jahrgang / 167

31. August 1989

Vorreiter für eine friedensorientierte Politik werden

Gedanken zum 50. Jahrestag des Überfalls auf Polen

Von Dietrich Stobbe MdB

Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages

Am 1. September jährt sich zum fünfzigsten Mal der Überfall des Deutschen Reiches auf Polen. Der Zweite Weltkrieg wurde in Berlin geplant. Er hat mit furchtbarer Logik auf unsere Stadt zurückgeschlagen. Der wahnsinnige Versuch Hitlers, aus der Mitte Europas heraus das europäische Gleichgewicht aus den Angeln zu heben, hat damit geendet, daß Europa heute von der Peripherie her kontrolliert wird, von Washington und Moskau. Die europäische Teilung, die Teilung Deutschlands, die Mauer in Berlin waren die Konsequenz. Der 1. September 1939 - er ist Mahnung und Auftrag an die Deutschen. Nicht nur wir leiden an der Teilung.

Der Einmarsch in Polen war Endpunkt einer aggressiven Außenpolitik des Deutschen Reiches, deren Eskalationsstufen über die einseitige Lösung von Abrüstungskonferenz und Völkerbund 1933, die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht und die Aufrüstung von Heer, Marine und Luftwaffe 1935, die „Erprobung der deutschen Luftwaffe in Spanien“ 1937 schließlich zum Münchner Abkommen von 1938, zu Prag 1939 und dem Hitler-Stalin-Pakt führten.

Der 1. September steht ebenso für die Grausamkeit des Naziregimes innerhalb der eigenen Staatsgrenzen. Hitler begann durch einen geheimen Führererlaß mit der Durchführung des Euthanasieprogramms zur „Vernichtung lebensunwerten Lebens“. Hitler hatte sozusagen auch dem eigenen Volk den Krieg erklärt, der 1. September mahnt auch an alle deutschen Mitbürger, die Opfer seiner verbrecherischen Politik wurden.

Im Zentrum steht aber zu Recht die Erinnerung an den Überfall auf Polen. Sie wurden die ersten Opfer des Zweiten Weltkrieges. Nach dem „Septemberfeldzug“ wurde Polen aufgeteilt: Der westliche Teil wurde dem Reich eingegliedert, der mittlere und südliche Teil Generalgouvernement Deutschlands. Der Osten und Südosten wurde der Sowjetunion angeschlossen. Polen hat mehr als andere besetzte Gebiete gelitten: mit sechs Millionen Opfern trägt es den

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Vermindert Ökonomie
auf wertvollen Ressourcen
Recycling-Papier



höchsten Anteil, gemessen an seiner Bevölkerungszahl. Für diese Zerstörung Polens trägt Deutschland die volle Verantwortung. Wir müssen uns dieser Verantwortung immer wieder bewußt werden.

Heute gehört Polen zu den Staaten im RGW-Raum, deren Reformwillen am ausgeprägtesten sind. Tagtäglich können Millionen Deutsche miterleben, wie das Land sich unter schwierigsten Bedingungen den Weg zu mehr Freiheit bahnt. Niemand in Europa hat eine größere Verpflichtung, diese Bewegung konstruktiv zu unterstützen als wir Deutsche. Aber sind wir uns dieser Verpflichtung auch wirklich bewußt?

Das Verhalten der Bundesregierung ist geradezu kläglich. Nicht nur, daß die notwendigen Entscheidungen über konkrete Unterstützungsmaßnahmen hinausgezögert werden, nein von Teilen der Bonner Koalition wurde in diesem Sommer sogar die überwunden geglaubte Grenzdiskussion mit dem Hinweis auf die völkerrechtliche Geltung der Grenzen des Deutschen Reiches von 1937 neu eröffnet. Das ist erbärmlich. Es zeigt vor allem, daß wichtige politische Kräfte in unserem Land immer noch nicht verstanden haben, welche Konsequenzen wir Deutschen aus dem völligen Versagen deutscher Politik in den dreißiger Jahren heute zu ziehen und zu tragen haben.

Es gibt einen Trost: Ich bin fest davon überzeugt, daß das Taktieren und Lavieren der gegenwärtigen Bundesregierung von der großen Mehrheit der Deutschen mit Unverständnis betrachtet wird. Die große Mehrheit ist für eine konstruktive Politik gegenüber Polen, die Verantwortungsbereitschaft sichtbar macht. Ein sich frei entwickelndes Polen, das unter Beachtung seiner außen- und sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen einen Neuanfang machen kann, liegt im Interesse ganz Europas, insbesondere aber auch im deutschen Interesse. Die Bundesrepublik Deutschland muß großzügig sein im wirtschaftlichen Bereich, vor allen Dingen aber konsequent in der Grenzfrage auf der Grundlage des Warschauer Vertrages.

Von der DDR hat Polen wenig Unterstützung für einen Kurs der Umgestaltung zu erwarten. Umso eher ist die Bundesrepublik gerade auf wirtschaftlichem Gebiet zu einer sinnvollen Hilfestellung aufgefordert. Man wird dabei zwischen kurzfristigen Maßnahmen (auf Lebensmittelhilfe), mittelfristige Hilfe (Umschuldung und Kredite) und langfristige Maßnahmen unterscheiden müssen. Bei den letzteren geht es um eine wichtige qualitative Veränderung: Die frühere Kreditunterstützung wurde in Polen systemkonform verwandt. Jetzt kommt es darauf an, den Systemwandel zu unterstützen. Folglich kann es nicht so sehr um Finanzmaßnahmen zwischen den beiden Staaten gehen, sondern um die Aufnahme von wirtschaftlichen Beziehungen zwischen möglichst vielen Unternehmen beider Länder und zusätzlich um die Aufnahme breitester Kontakte zwischen Bürgern und allen wichtigen gesellschaftlichen Gruppen. Es geht letztlich um die Herstellung normaler Marktinteraktionen und im gesellschaftspolitischen Bereich um einen tiefgreifenden Aussöhnungsprozeß zwischen den Völkern.

Ein abgestimmtes Vorgehen des Westens würde dem Wandel in Osteuropa am ehesten nützen. Die Vergangenheit verpflichtet die Bundesrepublik, eine gewichtige Rolle beim Aufbau eines europäischen Systems kollektiver Sicherheit und Stabilität zu spielen. Getragen von dem Gedanken, daß der Begriff „Friedensordnung“ keine Beschreibung eines Endzustandes sein kann, sondern prozeduralen Charakter hat, muß die Bundesrepublik aus der historischen Verantwortung heraus immer wieder der Vorreiter für eine friedensorientierte gesamteuropäische Politik sein.

Kann Europa Modell für ein dauerhaftes, auf Evolution angelegtes Staatensystem werden, in dem Nationalitäten Berücksichtigung finden, ohne eine Renaissance des Nationalismus?

Dieser Vision können wir näherkommen. Der westeuropäische Integrationsprozeß muß und darf nicht in einen Gegensatz zu den gesamteuropäischen Aufgaben geraten. Glasnost, Perestrojka, die Vorstellung vom „gemeinsamen europäischen Haus“, der „runde Tisch“ in Polen, die rasante Entwicklung in Ungarn - dies alles zeigt, daß wichtige Länder im RGW-Raum aus europäischer Verantwortung heraus handeln wollen. Es muß eine Brücke geschlagen werden.

Der 1. September ist deshalb eine Mahnung an beide deutschen Staaten: Sie können eine gemeinsame Identität gewinnen, wenn sie ihre Geschichte als Aufgabe begreifen, für eine europäische Friedensordnung einzutreten, die besser ist als die, welche der Zweite Weltkrieg hinterließ. Ohne tiefgreifende Aussöhnung mit Polen ist das Europa der Zukunft aber nicht zu gestalten.

(-/31.8.1989/vo-he/rs)

Den Bonner UNICEF-Beitrag verdoppeln

Zur Notwendigkeit einer effektiveren Hilfe für notleidende Kinder

Von Prof. Klaus-Dieter Osswald MdB

Unter der Misere in der Dritten Welt, also unter Mangelernährung, Hunger, Krieg und Vertreibung haben weltweit am stärksten die Kinder zu leiden. Allein die Zahl von circa 15 Millionen von Kindern, die nach den Berichten der UNO jährlich an Unterernährung sterben, sollte den wohlhabenden Teil der Welt aufrütteln. Leider aber ist es so, daß gerade die Kinder über die schwächste Lobby auf dem internationalen Parkett verfügen. Das Sterben der Kinder ist leise und nicht spektakulär. Somit wird es von den Medien, aber auch von den Politikern viel zu wenig wahrgenommen.

Erfreulich ist, daß viele Bürger auch unseres Landes dieses Problem sehen und sich darum kümmern. Die privaten Spenden für das Weltkinderhilfswerk der Vereinten Nationen UNICEF sind in Deutschland die höchsten weltweit.

Umso trauriger ist es, daß der deutsche Regierungsbeitrag für UNICEF dagegen gering ist. Die Bundesrepublik steht nur an elfter Stelle unter den Geberländern für UNICEF. Viele kleinere Länder, wie zum Beispiel die skandinavischen Länder unterstützen diese wichtige UN-Organisation mit einem mehrfach höheren Betrag als die Bundesrepublik.

Als eines der reichsten und wirtschaftlich potentesten Länder der Welt ist diese Tatsache nicht nur peinlich, sondern geradezu skandalös. Es wird höchste Zeit, daß der deutsche UNICEF-Beitrag erhöht wird. Ich fordere daher den Haushaltsausschuß und die Bundesregierung auf, bei den jetzt kommenden Haushaltsberatungen für 1990 den deutschen UNICEF-Beitrag zu verdoppeln. Auch wenn wir damit dann erst an circa fünfter Stelle der Geber liegen, würden die zusätzlichen Mittel der UNICEF helfen können, ihre wichtigen Aufgaben besser zu bewältigen.

Eine Verdoppelung des UNICEF-Beitrages wäre immer noch weniger als ein Tausendstel des für 1990 vorgesehenen Militärhaushaltes. Ich bin sicher, daß auch die überwiegende Mehrheit unserer Steuerzahler eine solche Verdoppelung guthießen würde. Der Beitrag für das Weltkinderhilfswerk könnte so von jetzt 22 Millionen DM auf 44 Millionen DM gesteigert werden. Diese Summe entspricht in etwa der Hälfte des Preises für nur einen einzigen Tornado.

Inzwischen haben auch verschiedene CDU-Bundestagsabgeordnete, wie MdB Conrad Schröder und MdB Wilhelm Jung und andere eine Erhöhung des deutschen UNICEF-Beitrages gefordert. Dies ist zu begrüßen. Es ist zu hoffen, daß Bundesfinanzminister Waigel und die Regierungsmehrheit im Haushaltsausschuß diese Forderung ernst nehmen und in die Tat umsetzen. (-/31.8.1989/vo-he/rs)

* * *

Wer wehrt Pol Pot im Ernstfall ab?

Zum Scheitern der Kambodscha-Konferenz

Von Dieter Schanz MdB

**Mitglied des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Südostasien-Experte der SPD-Fraktion**

Die Pariser Kambodscha-Konferenz ist gescheitert, eine bisher in diesem Ausmaß noch nie dagewesene Chance für die Lösung des Indochina-Konfliktes ist nicht genutzt worden.

Eine Gelegenheit, alle kontrahierenden Konfliktparteien nochmals an einem Tisch zu versammeln, wird sich so bald nicht wieder bieten.

Mit dem Scheitern der Pariser Kambodscha-Friedenskonferenz müssen sich die Verantwortlichen in China und der sich in diesem Fahrwasser bewegende Prinz Sihanouk prüfen, inwieweit ihre Position, die Möglichkeit einer friedlichen Konfliktregulierung vereitelt hat.

Ist es auch noch zu früh über Schuld zu sprechen, so bleibt doch zu fragen, warum China und Prinz Sihanouk so großen Wert auf eine Regierungsbeteiligung der Roten Khmer legen. Kenner der Situation in Kambodscha sind sich der Gefahr bewußt, die hinter den 40.000 bewaffneten Khmer Rouge steht. Die Mehrfachbewaffnung läßt eine Machtergreifung jederzeit zu. Wer solch eine Entwicklung will oder mitverantwortet, muß sich fragen lassen, wer beim Wiederaufflammen des Konfliktes die Polizeirole übernehmen soll.

Die Flüchtlingslager an der Grenze Kambodscha/Thailand bieten mahnende Beispiele für die zu erwartende Entwicklung. Folter und Mißachtung des Völkerrechts stehen an der Tagesordnung und sind hinlänglich bekannt. Davor die Augen zu verschließen, ist töricht und grausam.

Wer soll im Ernstfall Pol Pot und seine Schergen in die Schranken verweisen?

Fragen über Fragen, die sich auch an die Adresse der Bundesregierung hinsichtlich ihrer angekündigten Indochina-Initiative richten. Die Antwort der Bundesregierung auf die kleine Anfrage der SPD im Juni diesen Jahres (Ds 11/4845) bietet keine Lösungsansätze und kann deshalb nicht genügen.

Jetzt muß gehandelt werden. Vietnam, Kambodscha und Thailand haben unsere Hilfe verdient. Die Menschen haben ein Recht auf Frieden, Wohlstand und Entwicklung. (-/31.8.1989/vo-he/rs)

* * *

Staus im Straßen-, Luft- und Bahnverkehr

Zum Erfordernis von Rahmen- und Zielvorgaben für die Verkehrspolitik

Von Ernst Haar MdB
Mitglied des Verkehrsausschusses des Deutschen Bundestages

Gravierende Engpässe im Personen- und Güterverkehr mit zunehmenden Verspätungen sind Vorboten einer Entwicklung, die der Bahn und ihren Kunden im Herbstverkehr den „Kollaps“ bescheren kann. Dies fürchtet man mittlerweile auch in der Chefetage der Deutschen Bundesbahn, wie ein DB-Vorstandsmitglied verlauten ließ. Pressesprecher personell ausgezeichneter Bahndirektoren verwiesen bei massiven Kundenbeschwerden und Anfragen der Öffentlichkeit lapidar auf eine „vorübergehende angespannte Betriebslage“.

Bundesverkehrsminister Zimmermann, von der prekären Lage wohl überrascht, mahnt konkrete und konstruktive Vorschläge - auch „unkonventionelle Entscheidungen“, wie den Einsatz von Verwaltungspersonal - beim Bahnvorstand an. Die Bundesregierung hat wiederholt das Ziel bekräftigt, die Deutsche Bundesbahn auf eine Grundlage zu stellen, die den Anforderungen des Binnenmarktes über das Jahr 2000 hinaus gerecht wird und Eigenanstrengungen der Bahn gefordert, um zu einem „für den Verkehrsnutzer überzeugenden Angebot“ zu kommen.

Die Leitlinien der Bundesregierung - darauf abzielend, die Bahn von der Einnahmeseite her mit neuen Unternehmensstrategien zu sanieren und die unbestrittenen Vorteile der Schiene am Verkehrsmarkt zum Tragen zu bringen - werden durch ebenfalls vorgegebene einseitige Kostendämpfungsmaßnahmen seit Jahren konterkariert.

Kein Architekt würde ein vom Verfall bedrohtes Haus sanieren und dabei mit dem Dach beginnen, wenn Statik und Fundament brüchig sind. Nicht anders verhält es sich aber, wenn trotz Modernisierung und offensiver Marktstrategie Konzepte der DB-Führung aus personellen und organisatorischen Gründen und wegen fehlender Kapazitäten scheitern. So kann die Bahn den Wettbewerb gegen bisher bevorzugte konkurrierende Verkehrsträger nicht gewinnen - so müssen erreichte Teilerfolge zerfließen.

Ohne politische Rahmen- und Zielvorgaben ist eine der Zukunft gerecht werdende moderne Verkehrspolitik der ökologischen und volkswirtschaftlichen Vernunft nicht möglich. Deshalb hat die SPD-Bundestagsfraktion Gesetzentwürfe zur Kapitalbereinigung, für den Ausgleich gemeinwirtschaftlicher Leistungen, für die Gleichbehandlung von Schiene und Straße durch ein Schienenausbaugesetz und zur Änderung des Bundesbahngesetzes mit dem Ziel der Wegekostenübernahme durch den Bund eingebracht. Sie wurden von der CDU/CSU/FDP-Regierungskoalition abgelehnt.

Sanierungsversuche in drei Jahrzehnten haben vorübergehend das betriebswirtschaftliche Ergebnis der Bahn zwar verbessert, aber ihre Misere nicht abzuwenden vermocht. Diskreditiert ist die Bahn, entmutigt und entnervt sind die Eisenbahner, enttäuscht sind Wirtschaft und Bahnkunden.

An den Kernproblemen der Bahn ansetzende Entscheidungen dürfen mit Hinweis auf die Bildung der „Regierungskommission Bundesbahn“ nicht länger vertagt werden. Wenn weitere Schäden für Volkswirtschaft und Gesellschaft sowie drohende Markt- und Vertrauensverluste für die Bahn durch Kundenabwanderung noch abgewendet werden sollen, muß die Bundesregierung von ihren bahnpolitischen Vorgaben abrücken und endlich handeln.

Eine realistische verkehrs- und umweltpolitische Bestandsaufnahme der im Bundestag vertretenen Parteien mit daraus resultierenden Beschlüssen, wie sie die SPD-Bundestagsfraktion seit langem fordert, wäre ein entscheidender Schritt, um die unübersehbare Stausituation sowohl im Straßen- und Luft- als auch im Bahnverkehr zu überwinden.

(-/31.8.1989/vo-ha/rs)

DOKUMENTATION

Solidarisch mit dem polnischen Volk

Der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten (AvS), Heinz Putzrath, hat dem Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen und stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Johannes Rau mit Blick auf dessen Polen-Reise am 1. September einen Brief geschrieben, den wir im Wortlaut wiedergeben.

Lieber Johannes,

die Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten (AvS) hat mit großer Freude schon vor längerer Zeit vernommen, daß Du beabsichtigst, am 1. September in Polen zu sein. Für uns ist dies nicht ein gewöhnlicher Gedenktag an den Ausbruch des Krieges. Vielmehr bedeutet er auch das Ende der ersten Phase des Widerstandes, weil allein durch die Einbeziehung vieler Menschen in die Kriegsgeschehnisse eine weitere Widerstandstätigkeit zum großen Teil zunichtegemacht wurde. Die Verbindungen sowohl im Inland wie erst recht ins Ausland kamen fast zum Stillstand. Hinzu kam die seelische Belastung, daß viele Genossinnen und Genossen es nur schwer verkraften konnten, für das verhaßte Naziregime in den Krieg zu ziehen und damit ihr Leben riskieren zu müssen.

Sicherlich wirst Du viel Gelegenheit haben, Dich auch an polnische Bürgerinnen und Bürger zu wenden, und so wären wir Dir außerordentlich dankbar, wenn Du bei diesen Gelegenheiten auch einflechten könntest, daß wir als AvS an diesem Tage ein besonders schmerzliches Erinnern haben, nicht nur, was uns selbst anbetrifft, sondern vor allem, weil angeblich in unserem Namen die deutsche Regierung und die deutsche Reichswehr begann, fremde Völker zu überfallen, zu unterdrücken oder sogar auszurotten. An diesem 1. September fühlen wir uns solidarisch mit dem polnischen Volk und mit allen anderen, die unter der Nazi-Herrschaft leiden mußten. Diese Botschaft hätten wir gerne auch dem polnischen Volke durch Dich sagen wollen, und wenn Du dazu eine Möglichkeit hast, sind wir Dir dafür sehr dankbar.

Mit besten Wünschen für ein gutes Gelingen Deiner Reise
und mit herzlichem Gruß

Dein

(gez. Heinz Putzrath)

(-/31.8.1989/vo-he/rs)

* * *